Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage gebühr. Einzelnummern 15 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahme aller Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 113 — 90. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Montag, den 18. Mai 1931

„Krawattenmacher."

Konnte der französischen Regierung in ihrem Kampf gegen die deutsch-österreichischen Zollunionspläne das Schicksal eine noch bessere Unterstützung gewähren als die, Österreich finanziell bis hart an den Rand des Abgrunds zu stoßen! Die Katastrophe der Allgemeinen Creditanstalt ist ja vorläufig nicht abgewendet, sondern das hat erst noch zu geschehen durch eine große Anleihe, mit der die Verluste der Anstalt abgedeckt werden sollen. Österreichische Schatzanweisungen werden im Betrage von rund 100 Millionen Schilling herausgebracht, — nur sind sie dann noch längst nicht auch unter gebracht. Das Geld muß aber herbeigeschafft werden, denn ein wirklicher Zusammenbruch dieser Bank würde drei Viertel der österreichischen Industrie zum sofortigen Erliegen bringen und neben der wirtschaftlichen auch die soziale Katastrophe Österreichs bedeuten. Das Geld wäre auch unschwer zu beschaffen, wenn nämlich z. B. die Baseler „Bank für internationalen Zahlungsausgleich" diese bei ihrem Milliardenetat unbedeutende Summe zur Verfügung stellen würde. Auch rein französisches Geld ist genug da; es sind ebenso von Basel wie von Paris aus auch schon persönliche Verhandlungen mit der Wiener Regierung erfolgt. Der Direktor der Baseler Bank ist nach Wien geflogen, und er war früher Direktor der Französischen Staatsbank. Bloß soll man in Wien „so ein kleines Wechselchen unterschreiben," wie man im privaten Geldverkehr dann zu sagen pflegt, wenn man sich Geld bei einem „Krawattenmacher" zu leihen gezwungen ist.

Nicht etwa, daß man in Basel oder Paris unter Ausnutzung der Notlage Österreichs nun mörderisch hohe Zinsen verlangen würde oder weit über das vernünftige Maß hinausgehende Sicherheiten! Seinen Freunden gegenüber ist man in Paris darin großzügig, hat man z. B. vor kurzem den Tschechen über 200 Millionen Mark geliehen zu sage und schreibe 4,5 Prozent Zinsen. Und den Jugoslawen hat man mit einer Anleihe von sogar über 1200 Millionen Frank die Währung stabilisiert. Aber das sind eben die guten Freunde. Österreich hingegen hat ja mit Deutschland den Vorvertrag über eine künftige Zollunion abgeschlossen und daran vorläufig festgehalten. Jetzt ist Österreich in schwerer Not, braucht dringend Geld, — also soll es die Finger von der Zollunion lassen, ein politisches Zugeständnis machen, sozusagen einen Besserungsschein unterschreiben. Im Privatleben würde man Derartiges juristisch eine „Nötigung" nennen. Aber in den Beziehungen der Völker zueinander achtet man auf solche „Zwirnsfäden" nicht.

Was von dieser anrüchigen Tätigkeit hinter den Kulissen von Genf liegt, was sich zwischen Basel und Paris abspielt, ist natürlich „Geheimdiplomatie", die zwar 1918 offiziell abgeschafft worden ist, trotzdem noch munter weiterlebt. Aber auch im Vordergrund der Genfer Bühne ist allerhand sichtbar. Vor allem hat ja nun das berühmte Kontrollkomitee, das über die Sicherheit der Völkerbundanleihe von 1922 zu wachen hat, endlich einen Beratungsstoff gefunden; denn mit der Zollunion und der durch sie angeblich bedrohten finanziellen Selbständigkeit Österreichs war so wenig zu machen, daß selbst dieses Komitee seine Unzuständigkeit erklärte, weil Genaueres über die Durchführung der Zollunion ja noch gar nicht bekannt sei. Mit um so größerem Eifer hat man sich infolgedessen auf die finanziell bedrohlichen Folgen des Zusammenbruches der Creditanstalt gestürzt. Wenn man Pariser Zeitungsmeldungen Glauben schenken darf, soll das Komitee sogar zu der Feststellung gekommen sein, Österreich sei eigentlich bankerott und müsse wieder unter Zwangsverwaltung gestellt werden wie vor 1922; ein Völkerbundkredit von mindestens 150 Millionen Schilling sei notwendig, um Österreich wieder einmal zu sanieren.

Auch von anderer Seite erfolgen unter Ausnutzung dieser Notlage heftige Stöße auf Österreich, um es von der Zollunion „loszueisen". Briand bietet ihm in seinem Gegenplan besondere Präferenzzölle auf die Industrieerzeugnisse. Italien, das jetzt sehr energisch in die Front der Gegner einer deutsch-österreichischen Zollunion eingeschwenkt ist, übt gleichfalls einen Druck auf die Wiener Regierung und ihre Genfer Delegation aus, von den Abmachungen mit Deutschland wenn auch nicht zurückzutreten, so doch sie „versacken" zu lassen. Man spricht ja auch absichtsvoll von einem bevorstehenden Rücktritt des jetzigen Kabinetts Dr. Enders, das über die Bankaffäre stolpern werde, — und dieses Kabinett hat eben die Vereinbarungen mit Deutschland über die Schaffung einer Zollunion abgeschlossen!

Gewiß: man bleibt höflich in Genf. Man versichert einander eifrig, besten Willens und auch sonst voll von guten Absichten über das Wohlergehen Europas zu sein. Briand versichert es am eifrigsten. Und doch vermag das Rauschen der Reden nicht das Trommelfeuer zu übertönen, das auf Österreichs Stellung niederprasselt als den schwachen Teil der deutsch-österreichischen Front. Juristisch ist's vergeblich, sie anzurennen; wirtschaftlich ist sie unüberwindbar, hat Zustimmung genug gefunden in Kreisen, die die Wirtschaft nicht über der Politik vergessen. Infolgedessen gebraucht man das brutalste Kampfmittel, um Österreichs Willen zu brechen: man wirft ihm die finanzielle Schlinge der Kreditverweigerung um den Hals. Man macht „politische Krawatten".

Die Wahlen in Oldenburg.

Nach scharfem Wahlkampf.

In Oldenburg fanden am Sonntag Neuwahlen zum Landtag statt. Den Wahlen war ein scharfer Kampf vorausgegangen, in den die prominenten Führer aller Parteien eingegriffen hatten. So hatten u. a. Brüning für das Zentrum, Dietrich für die Staatspartei und Hitler für die Nationalsozialisten gesprochen.

Der letzte Landtag ist 1928 gewählt worden. Von den 48 Mandaten erhielten damals die Sozialdemokraten 15 Mandate, Landesblock (Deutschnationale und Volkspartei) 9, Zentrum 9, Demokraten 5, Nationalsozialisten 3, Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei 3, Wirtschaftspartei 2, Landvolk und Mittelstandsliste (völk.-nat. Block) 1, Kommunisten 1.

Die Reichstagswahlen im September 1930 hatten den Nationalsozialisten gegenüber den Landtagswahlen einen starken Stimmenzuwachs gebracht, neben Kommunisten konnte auch das Zentrum einen kleinen Gewinn verzeichnen, während die übrigen Parteien mehr oder minder große Verluste hatten.

Starkes Anwachsen der extremen Parteien.

Das endgültige amtliche Wahlergebnis aus dem gesamten Freistaatgebiet Oldenburg lautet (die eingeklammerten Zahlen stellen die Ergebnisse der Landtagswahl 1928 einschließlich Mandatsziffern, bzw. der Reichstagswahl 1930 dar):

DVP. 5598, 2 Mandate (41 113 — 5 — 13 431). SPD. 54 878, 11 M. (67 005 — 15 — 66 148). Staatspartei 8513, 1 M. (24 711 — 5 — 13 579). NSDAP. 97 778, 19 M. (17 457 — 3 — 76 216). KPD. 18 935, 3 M. (8490 — 1 — 13 933). Wirtschaftspartei 4274, 0 M. (11 763 — 2 — 10029). Landvolk 5403, 1 M. (14 450 — 3 — 12 756). Christl.-Soz. Volksdienst 2924, 0 M. (1343 — 0 — 3054). Zentrum 46 192 9 M. (39 602 — 9 — 47 733). DNVP. 12 689, 2 M. (1928 gingen DNVP. und DVP. zusammen — 4 — 14 203).

Bei der Auflösung des Landtags waren infolge Fraktionswechsels die NSDAP. durch 5, die DNVP. durch 3 und das Landvolk durch 2 Abgeordnete vertreten.

Das Ergebnis der Danziger Kreistagswahlen.

Danzig, 18. Mai. Am Sonntag fanden in den drei Danziger Landkreisen bei einer Wahlbeteiligung bis zu 80 v. H. die Wahlen zu den Kreistagen statt. Gegenüber den Wahlergebnissen vom November 1930 brachten die Kreistagswahlen ein weiteres Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen, während alle bürgerlichen Parteien mehr oder weniger starke Verluste erlitten, die bei den Blocks der nationalen Sammlung (liberale Parteien) bis über 50 v. H. ausmachen. Von den marxistischen Parteien haben die Sozialdemokraten geringe Zunahmen aufzuweisen, während die Kommunisten Verluste verzeichnen mußten.

In den drei Kreisen Danziger Höhe, Danziger Niederung und Danziger Werder erhielten Stimmen (die Zahlen in Klammern bedeuten das Ergebnis der Volkstagswahl vom November 1930): Sozialdemokraten: 19 698 (16 201), Kommunisten 6617 (7798), Block der nationalen Sammlung: 4175 (9037), Deutschnationale: 6723 (9198), Zentrum: 6348 (8069), Nationalsozialisten: 10 950 (8123), Polen 957 (1034).

Die tiefe Kluft.

Der Kampf um die Zollunion.

Rededuell Curtius—Briand in Genf.

Der Kampf um die Zollunion hat in Genf voll eingesetzt. Im Europaausschuß kam es zu einem scharfen Rededuell zwischen Dr. Curtius und Briand, das von neuem bewies, wie tief die Kluft zwischen der deutschen und französischen Auffassung in dieser Frage ist. Der Beratung wohnten auch sowjetrussische, türkische und Danziger Abordnungen bei. Der Andrang des Publikums, der Pressevertreter und der Diplomaten zu der Sitzung war enorm und in dem großen Glassaal des Völkerbundhauses herrschte ein Gedränge, wie man es selten beobachtet hat. Die Ausgabe der Eintrittskarten war wegen der Anwesenheit der sowjetrussischen Delegation unter eine sehr strenge Kontrolle gestellt und niemand, der nicht vorher mit einer Eintrittskarte versehen ist, erhält Zutritt zu den geheiligten Räumen, in denen er dann noch zwei oder drei Kontrollen zu passieren hat.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm Dr. Curtius das Wort, der u. a. ausführte:

Curtius für Einführung einer Zollunion.

Über Schwere und Tiefe brauche ich nicht viel zu sagen. Die Krise steckt uns in den Gliedern. Wir sind durchdrungen von der Verantwortung, neben den eigenen Hilfsmaßnahmen am großen Werke für Europa mit stärkster Hingabe zusammenzuwirken. Als Deutscher habe ich besonderen Anlaß, so zu sprechen.

Die Krise trifft einen Volkskörper, welcher durch die Erschütterungen des Krieges und Amputationen des Friedens, durch Revolution und schwerste soziale Störungen, durch ungeheure Vermögensverluste und dauernde Kapitalentziehung ohne Gegenleistungen empfindlicher und schwächer als irgendein anderer ist.

Wir sind daher auf das höchste an allem interessiert, was uns eine Besserung unserer Lage verspricht. Kein Land ist gleichzeitig so an der Sanierung des gesamten europäischen Körpers beteiligt wie Deutschland, das in der Mitte des Kontinents von allen Strömungen Europas durchzogen und von allen Störungen am leichtesten getroffen wird. Wir fassen unsere letzte Kraft im Innern zusammen, um soweit wie möglich uns selbst zu sanieren. Wir stehen gleichzeitig in der vordersten Reihe derjenigen, die in zusammenfassender Arbeit aller europäischen Nationen die Behebung der europäischen Krise sich zur solidarischen Aufgabe gestellt haben.

Dr. Curtius ging sodann auf die Ursachen der Krise ein, die mannigfach seien wie ihre Erscheinungen. Er verwies dabei auf die bedeutsamen Verhandlungen der Internationalen Handelskammer in Washington, die erfreulicherweise für Deutschland auch das Problem der internationalen Verschuldung und der Wirkungen der hierdurch bedingten Zahlungen auf den Welthandel eingehend erörtert und in ihre Entschließungen aufgenommen habe. Neben den großen Hauptursachen, die sich über Europa hinaus in der gesamten Weltwirtschaft bemerkbar machen, nämlich der

Überproduktion an Lebensmittel und Rohstoffen, neben dem Rückgang der Konsumkraft, neben der Steigerung der Kaufkraft des Goldes und der Störungen der Kapital- und Geldmärkte sehen wir als weitere Ursache eine speziell europäische, das ist das Zerfallen Europas in eine Unzahl von kleineren Wirtschaftsgebieten.

Der Charakter unseres Ausschusses scheint zu fordern, daß wir uns gerade mit dieser Seite der Wirtschaftskrise befassen. Aus dieser Erwägung ist der Antrag der deutschen Regierung hervorgegangen, hier noch einmal die gegenwärtige Lage Europas zu prüfen, wie sie durch die bestehenden Zollverhältnisse und durch den Mißerfolg bisheriger zusammenfassender Arbeiten auf diesem Gebiete geschaffen worden ist.

Dr. Curtius fuhr dann weiter fort: Ich möchte Betrachtungen darüber anregen, ob und in welchem Maße der Gedanke von Zollunionen zwischen einzelnen Ländern oder Gruppen von einzelnen Ländern geeignet ist, den unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnissen Europas abzuhelfen. Zur Charakterisierung der europäischen Situation führe ich noch einmal oft gehörte Zahlen an: 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen, 13 neue Währungen, 9 neue Wirtschaftsgebiete und Zolltarife. In dieser wirtschaftlichen Zersplitterung Europas, im wesentlichen Mittel- und Osteuropas, liegt

die größte Gefahr der Zukunft.

Die wirtschaftlichen Folgen daraus zeichnen sich vor unseren Augen immer klarer ab. Die erste Folge ist unrationelle und zu teuere Güterproduktion und Verteilung und der dadurch bedingte Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit. Die nächste Folge ist der Rückgang der Kapitalkraft und des Wohlstandes, Unterkonsum, Arbeitslosigkeit, Proletarisierung des Mittelstandes und Verelendung der Arbeiterschaft.

Das alles führt die Gefahren sozialer Kämpfe herbei und festigt die Überzeugung, daß die europäische Wirtschaft sich nicht aufrechterhalten lassen könne, wenn sie so bleibt, wie sie ist.

Aus dieser Lage führt nur ein Weg heraus, die fortschreitende Vergrößerung der Wirtschaftsgebiete. Der Gedanke der Zollunion zieht entsprechend dem für die Sanierung Europas beizumessenden Wert immer weitere Kreise.

Ich erkläre mich bei dieser Lage bereit, mit jedem Lande, groß oder klein, in einen alsbaldigen Gedankenaustausch über die Möglichkeit der Einführung einer Zollunion einzutreten und mache dabei keinen Unterschied in der Richtung, ob Verhandlungen zu zweien oder von vornherein Verhandlungen einer regionalen Gruppe in Betracht kommen würden.

Ich darf die dringende Bitte aussprechen, diese Aufforderung ernst zu prüfen. Zum Schluß betonte Dr. Curtius, daß er bereit wäre, an allen Vorschlägen und Anregungen mitzuarbeiten, die geeignet wären, zur Wiedergesundung seines Vaterlandes und Europas beizutragen.

Scharfe Erklärung Briands.

Unmittelbar nach der Rede des deutschen Außenministers gab Briand eine Erklärung ab, in der er das deutsch-österreichische Zollabkommen aufs schärfste ablehnte und im Namen Frankreichs erklärte,

Frankreich könne das Zollunionsabkommen nicht zulassen, da es gegen die internationalen Verträge und Abmachungen verstoße.

Briand erklärte zunächst, er halte einige der von Dr. Curtius vertretenen Auffassungen für gerechtfertigt. Dr. Curtius habe eine Methode vorgeschlagen, um einen Ausweg aus der europäischen Notlage zu finden. Nach seiner Auffassung liege die Hauptursache der Wirtschaftsnot darin, daß eine Anpassung des Handels und der Produktion der europäischen Völker nicht stattgefunden habe und daß hierdurch die gegenwärtige anarchische Situation in Europa hervorgerufen worden sei